

## **Bürgerinitiativen gegen CO2-Verpressung aus Berlin, Brandenburg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig- Holstein**

**Pressemitteilung:**

24.07.2012

### **CCS-Gesetz ist nicht in Kraft!**

Gestern verbreiteten zahlreiche Medien die Aussage von Umweltminister Altmaier, dass es in Deutschland nicht zum Einsatz der CCS-Technologie kommen werde. In dem Zusammenhang wurde darauf verwiesen, dass erst vor wenigen Wochen ein Gesetz „in Kraft getreten“ sei, das die CO2-Verpressung ermöglicht (so z.B. in Spiegel online).

Wir stellen richtig: dieses Gesetz ist nicht in Kraft getreten, da es unseres Wissens nicht vom Bundespräsidenten unterzeichnet wurde. Nach kürzlich aus dem Bundespräsidialamt erhaltener Information konnte es allein schon deswegen nicht unterzeichnet werden, weil dem Bundespräsidenten bisher keine Urschrift des Gesetzes vorliegt.

Sollte sie ihm vorgelegt werden, wird der Bundespräsident die Verfassungsmäßigkeit von Zustandekommen und Inhalt des Gesetzes prüfen und hierbei auch Hinweise der Bürgerinitiativen gegen CO2-Verpressung berücksichtigen.

Hiernach wurden die Abgeordneten des Deutschen Bundestages getäuscht, indem ihnen vorenthalten wurde, dass die EU-CCS-Richtlinie auch durch ein CCS-Unterlassungsgesetz umgesetzt werden kann.

Nachdem der Vermittlungsausschuss am 27.06.2012 den „Klimaschutz“ aus dem in § 1 dargestellten Gesetzeszweck gestrichen hat, wird fraglich, was das Ganze nun überhaupt noch soll.

Wir begrüßen die Aussage von Herrn Altmaier, dass CCS keine Zukunft hat und fordern ihn auf, sich folgerichtig nun auch dafür einzusetzen, dass das CCS-Gesetz von der Agenda verschwindet und so der Weg frei wird für die Energiewende.

Die für CCS vorgesehenen Milliarden müssen in die Entwicklung sinnvoller Energiespeicherung, intelligente Netz – Verbrauch – Kombination und weitere Technologien investiert werden, durch die die Erneuerbaren Energien ein grundlastfähiges Gesamtsystem darstellen können.

i.A. der Bürgerinitiativen:

Bernhard Rensink, Vorsitzender der „BI gegen CO2-Endlager, Schleswig-Holstein“  
Christfried Lenz, BI "Kein CO2-Endlager Altmark"